

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 155 (1989)
Heft: 7-8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Landesverteidigung und EG-Beitritt

Im vorliegenden Beitrag entwickelt der Leiter der Präsidial- und Rechtssektion im Bundesministerium für Landesverteidigung einige Gedanken zur österreichischen Neutralitätsdiskussion, insbesondere was die geopolitische und geostrategische Dimension eines derartigen Schrittes anbelangt.

Nach dem Rückzug der Alliierten aus Österreich sind die strategischen und operativen Vorteile der Neutralisation dieses Landes eindeutig für die Sowjetunion beziehungsweise den WAPA am grössten: Österreich stellt einen neutralen Riegel zwischen BRD und Italien dar, wodurch der NATO-Raum im Bereich der Ostalpen entzweitelt wird. Ein Beitritt Österreichs zur EG könnte für die UdSSR als Machtzuwachs des Westens interpretiert werden, der dem Geist des Staatsvertrages von 1955 widerspricht. Dem steht entgegen, dass Österreich als Bindeglied zwischen Ost und West dient, namentlich im wirtschaftlichen und im technologischen Sektor. Neuestens scheint die Sowjetunion auch bereit zu sein, strategische Positionen aufzugeben (Afghanistan).

Der Autor des Artikels sieht in der allfälligen Teilnahme Österreichs am europäischen Binnenmarkt keine Beeinträchtigung der vollständigen und ausschliesslichen Verfügungs- und Befehlsgewalt der österreichischen Organe. Er erwartet auch keine Beeinträchtigungen bei der Planung und der Vorbereitung von Einsätzen des Bundesheeres.

In diesem Sinn würde das Verhalten des neutralen Österreich im Kriegsfall bei der Erfüllung der völkerrechtlichen Normen nicht beeinträchtigt: Vorhandensein einer bewaffneten Macht und Freiheit, über sie zu verfügen. Dies gilt auch für die sogenannten neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen engerer Art. Die Grenzen des dauernd Neutralen im Frieden liegen dort, wo er im Kriegsfall Tatbestandsmerkmale des Völkerrechts verletzt und die Verletzung der Neutralitätspflichten im Frieden so ist, dass der Neutrale sein Ver-

halten im Kriegsfall nicht mehr revidieren kann. Dies kann von Belang sein im Hinblick auf handelspolitische und verkehrspolitische Massnahmen der EG (Embargo, Exportbeschränkungen für Kriegsmaterial) in Friedenszeiten. Dabei ist zu beachten, dass der dauernd neutrale Staat auch in Friedenszeiten eine Neutralitätspolitik zu führen hat, die ihn nicht in einen bewaffneten Konflikt hineinziehen kann. Der Autor sieht in diesem Fall einen Handlungsspielraum für die Regierung: Eine Entscheidung für das kleinere Übel (Nicht-Beachtung einer EG-Verpflichtung versus Verletzung eines neutralitätspolitischen Gebotes) ist möglich.

Österreichs Neutralität wird daselbst als aktiver Beitrag zur Friedenssicherung beziehungsweise als Friedenspolitik verstanden. Die österreichische Sicherheitspolitik stützt sich auf innerstaatliche Stabilität, auf eine ausgewogene Aussenpolitik, auf wirtschaftliche Krisenvorsorge, auf den Zivilschutz und auf ein «zumutbares Mass» an militärischer Landesverteidigung ab. Dabei hat die Regierung als Vorbild zur Wahrung des Selbstbehauptungswillens beizutragen. Einzig in bezug auf die Aufwendungen für die Streitkräfte halte Österreich – so der Autor – mit vergleichbaren neutralen Staaten nicht Schritt. Im Hinblick auf einen eventuellen EG-Beitritt Österreichs müssten aus neutralitätspolitischen und -rechtlichen Erwägungen deutliche Massnahmen zur Stärkung der umfassenden und militärischen Landesverteidigung einhergehen, damit die Beibehaltung einer eigenständigen Sicherheitspolitik glaubhaft gemacht werden könnte: Europareif müsste auch die Landesverteidigung werden. Bt (Aus «Der Soldat» Nr. 8/89)

Bundesheer

in kritischer Lage

(Besorgte Stimmen am Bundestag der österreichischen Offiziersgesellschaft)

Die kritische Lage, in der sich das österreichische Bundesheer derzeit befindet, stand im Mittelpunkt des 6. Bundestages der Offiziersgesellschaft Österreichs. Er fühle sich mit den akuten Finanzproblemen

allein gelassen, erklärte der österreichische Verteidigungsminister Lichal in einer sehr persönlich gehaltenen Rede. Und dies, obwohl der weitere Ausbau des Milizheeres ernsthaft gefährdet sei. «Viele unserer Politiker wollen zwar ein Bundesheer, aber kein Militär», erklärte er vor den anwesenden Offizieren.

Bereits Tage zuvor hatte der frühere Armeekommandant, General i. R. Spannocchi, den Verteidigungsminister unterstützt. «Der Minister sagt, was wahr ist, und das ist für viele ein Schockerlebnis.» Man habe von Lichal immer Budgetdisziplin gefordert und dahinter die Aufforderung zum Abweichen vom Landesverteidigungsplan versteckt, meinte der General. Dieser Plan sei aber ein Regierungsauftrag, da er kollektiv von der gesamten Bundesregierung beschlossen worden ist. Wenn man beim Landesverteidigungsplan sparen wolle, dann solle man dies laut sagen und nicht über den Kopf des Ministers hinweg falsch spielen. Es sei um so höher einzuschätzen, dass Lichal trotzdem an seinem Auftrag festhalte, lobte der General den Politiker.

Der Innsbrucker Universi-

tätsprofessor Andreae formulierte am Bundestag das Problem noch konkreter: «Die Existenz des Bundesheeres wird zurzeit möglichst aus dem Gesichtsfeld der Gesellschaft verbannt, und die Soldaten werden so in ein Ghetto gedrängt.» Die Öffentlichkeit wolle die Existenz des Bundesheeres nicht wahrhaben. Deshalb gäbe es auch keine finanzielle Leistungsbereitschaft für das Heer, sagte der Ökonom. Einerseits versuche man, dem Heer milizartige Züge zu geben, andererseits habe die politische Seite noch immer nicht erfasst, dass eine konsequente Milizorganisation gleichzeitig bedeuten müsse, dass auch die Führungskader der Gesellschaft mit den Führungskadern des Heeres identisch sein müssten. Auch Minister Lichal forderte eine «Renaissance des Selbstverständlichkeitsdenkens» für die Anliegen der Landesverteidigung. Derzeit arte Individualismus zu Egoismus aus. Der einzelne Bürger sei nur noch Konsument und nicht mehr Teil des Staates. Nur durch eine stärkere Akzeptanz des Bundesheeres sei es möglich, das Heer aus der quasi vorhandenen Ghetto-Situation herauszubekommen. TPM

Warschauer Pakt

Die Verteidigung ist dem Angriff untergeordnet

(Die Bedeutung von Angriff und Verteidigung im Gefecht aus der Sicht sowjetischer Militärs)

In der Sowjetunion findet zurzeit im Rahmen des «neuen Denkens» eine intensive Diskussion über den defensiven Charakter der Militärdoktrin des Warschauer Paktes und in diesem Zusammenhang über das Verhältnis zwischen Offensive und Defensive in der Militärstrategie statt.

Im vorliegenden Beitrag wird aufgrund östlicher Publikationen untersucht, ob die verkündete Neubewertung von Angriff und Verteidigung schon erste praktische Auswirkungen auf die Einsatzgrundsätze der WAPA-Streitkräfte zeigt.

Stellenwert von Angriff und Verteidigung

Angriff und Verteidigung gelten in der UdSSR als «ver-

schiedene Arten von Kampfhandlungen». Heute werden in sowjetischen Militärzeitschriften unterschiedliche Aussagen über den Stellenwert dieser beiden Kampfarten in bezug auf das Gesamtgefecht gemacht. Allgemein kommt aber zum Ausdruck, dass die Verteidigung «dem Angriff untergeordnet ist», d. h. die Verteidigung wird im wesentlichen als Kampfhandlung angesehen, welche die Angriffshandlungen unterstützen soll.

Moderne Technologien in Angriff und Verteidigung

Zu den Auswirkungen moderner Technologien auf die Kampfhandlungen gehört die verstärkte Wirksamkeit und erhöhte Reichweite konventioneller Waffen (Annäherung an Nuklearwaffen). Diese Entwicklung erschwert gemäss sowjetischen Angaben zwar den Angriff, dessen wichtigste Grundsätze blieben aber nach wie vor bestehen.

Hinsichtlich des Einsatzes von Nuklearwaffen im Gefecht

sind «abgeschwächte Formulierungen zu erkennen», ohne dass bis heute eine prinzipielle Konzeptänderung vorgenommen worden wäre.

Parameter für den Angriff

Hervorgehoben wird immer wieder die Weiterentwicklung des Gefechts der verbundenen Waffen. Betont wird die zunehmende Bedeutung der Feuerkonzentration in den «Durchbruchsabschnitten».

Für einen Durchbruch in der Hauptangriffsrichtung wird eine «vier- bis fünffache Überlegenheit» verlangt.

Fazit

Die Analyse der sowjetischen Beiträge zeigt, dass sich die Tendenzen zur Weiterentwicklung des modernen Gefechts der verbundenen Waffen bis heute fortsetzen. Dabei scheint die Entwicklung der Technologie vor allem bei den konventionellen Waffen eine weit grössere Rolle zu spielen als mögliche Änderungen im Bereich der Militärdoktrin und -strategie.

Radikale Veränderungen oder Brüche bei der Entwicklung der Einsatzgrundsätze auf taktischer Ebene sind bisher nicht festzustellen. hg

(Aus Soldat und Technik Nr. 3/89)

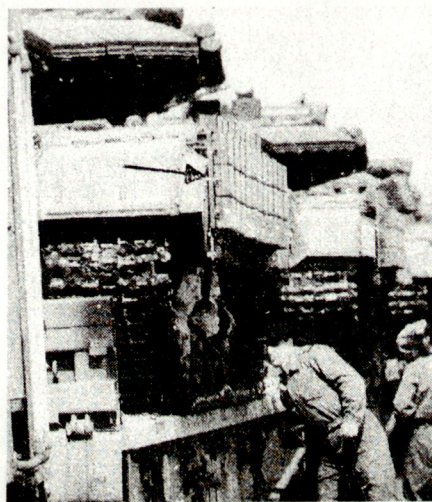
Zum Abzug sowjetischer Panzertruppen aus dem Vorfeld

Programmgemäss hat Ende April in Ungarn und ab Mitte Mai in der DDR der Abzug von Einheiten sowjetischer Panzertruppen begonnen. Laut Ankündigung von Staats- und Parteichef Gorbatschow sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre gestaffelt insgesamt 4000 Panzer bei der Gruppe sowjetischer Truppen in der DDR (GSTD) abgezogen werden. Aus der Tschechoslowakei (ZGT) und aus Ungarn (SGT) sollen zusammen weitere rund 1000 Kampfpanzer in die Sowjetunion zurückverlegt werden.

Wie die in der Militärpresse erschienenen Bilder der ersten Abzugsphase zeigen, werden aus der DDR primär Kampfpanzer des Typs T-64A abgezogen. Diese Version wurde ab Mitte der siebziger Jahre den sowjetischen Truppen zugeführt. Sie werden dort seit einiger Zeit durch die neuen Typen T-64B und T-80 ersetzt.



Abzug sowjetischer Panzer aus Ungarn. Zu beachten ist die angebrachte Reaktivpanzerung z. T. auch seitlich über den Schürzen



Verlad von Panzern des Typs T-64A in der DDR.



Aus der Südgruppe sowjetischer Truppen (SGT) werden hingegen teilweise auch modernere Panzer des Typs T-64B, die mit Reaktivpanzerung versehen sind, abtransportiert.

Es kann angenommen werden, dass diese neueren Typen die noch vorhandenen alten Panzer (z. B. T-55 und T-62) bei

Panzereinheiten in der Sowjetunion ablösen. Schon jetzt ist abzusehen, dass die nun laufenden Truppenreduzierungen im Vorfeld auch eine merklich beschleunigte Modernisierung bei Ausrüstung und Bewaffnung dieser Truppen, insbesondere auch beim Kampfpanzerbestand, zur Folge haben. hg

Deutsche Demokratische Republik

Waffen nur für Angriff oder Verteidigung?

Auf die Frage, ob man überhaupt zwischen Angriffs- und

Verteidigungswaffen klar unterscheiden kann, wird in der ostdeutschen Militärpresse wie folgt Stellung genommen:

Die Unterscheidung, ob eine Waffe reinen Angriffs- oder

Verteidigungscharakter besitzt, kann nur unter Berücksichtigung ihres militärischen Verwendungszweckes beantwortet werden.

Natürlich können starke Panzereinheiten zügig und weit auf gegnerisches Territorium vorstossen. Ebenso sind aber Panzer hervorragend geeignet, ausgebauten Verteidigungsstellungen der Infanterie als Feuerpunkte zu verstärken. Eine offensichtlich defensive Zweckbestimmung haben hingegen die Truppen der Luftverteidigung, bei denen der Warschauer Pakt der NATO um das Vierfache überlegen ist. Allerdings muss dabei die Grösse des von gegnerischen Luftangriffsmitteln zu schützenden Territoriums berücksichtigt werden. Fordern doch die NATO-Konzeptionen von Air-Land-Battle und der Kampf gegen die «nachfolgenden Kräfte» (FOFA) vernichtende Schläge der Frontfliegerkräfte auf Ziele in der Tiefe des gegnerischen Territoriums.

Zur NATO-Behauptung, der WAPA könne mit Tausenden von Panzern überraschend und grossräumig vorstossen (Angriffsfähigkeit), gibt der Verfasser folgendes zu bedenken:

Heutzutage unbemerkt eine solche Streitmacht zu konzentrieren, dürfte schwer sein. Ihre Marschgeschwindigkeit überschreitet kaum 50 km pro Tag. Hinzu kommt, dass in keiner Gefechtsvorschrift unseres Paktes Schläge in der Tiefe Westeuropas vorgesehen sind. Unsere Doktrin fordert kategorisch und verbindlich, Bestand und Niveau der Streitkräfte sollen lediglich «ermöglichen, jeden Angriff von aussen gegen einen der Teilnehmerstaaten des WAPA abzuwehren».

Auch wenn wir wissen, dass es keine klare Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen gibt, akzeptieren wir die Sicherheitsbedürfnisse und eben die Befürchtungen der anderen Seite, die aus unserer Überlegenheit bei Panzern entspringen. Mehr als nur Gesten guten Willens registrierte die Welt diesbezüglich in den zurückliegenden Wochen. Ziel der vom WAPA angekündigten Abrüstungsschritte ist dabei auch, strikte defensive Strukturen der Armeen zu erreichen, ob man die Waffenarten nun als offensiv oder für die Verteidigung geeignet ansieht oder nicht. hg

(Aus MPD 11/89)

Sowjetunion

Bundesfeier aus russischer Sicht

kl. Die sowjetische Agentur TASS verbreitete einen Bericht über die schweizerische Bundesfeier und die Art und Weise, wie die Schweizer ihren Patriotismus bekunden. TASS zitiert einleitend russische Schriftsteller des letzten Jahrhunderts, die erstaunt den Bundespräsidenten ohne Geleit in der Menge sahen oder den Verzicht auf allen Pomp lobten.

Die Bundesfeier entbehre einer gesetzlichen Grundlage, hält TASS weiter fest; sie werde kantonal verschieden geregelt.

Die Bundesverwaltung stelle die Arbeit lediglich für einen halben Tag ein. TASS zitiert eine Umfrage, wonach eine Mehrheit der Bevölkerung den Feiern keinen grossen Stellenwert einräume, aber auch eine Statistik, die einen Aufwand von 22 Millionen Franken für ein Feuerwerk verzeichnet.

Patriotismus sei in der Schweiz durchaus lebendig; aber es sei ein einfacher und würdiger Patriotismus, und entsprechend werde er gefeiert. Andererseits pilgere jeder Schweizer einmal im Leben auf das Rütli.

Übersetzung: M. Arioli

USA

Rüstungsausgaben im Zeichen des Haushaltsdefizites

Aufgrund ihres gegenwärtig grossen Haushaltsdefizites

müssen die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Rüstungsausgaben um rund 10 Milliarden Dollar kürzen. Obwohl alle Streitkräfte davon betroffen sind, muss diesmal die US-

Marine am meisten Haare lassen. Von diesen Kürzungen ist u. a. die Entwicklung des «Tilt-Rotor-Programmes» V-22, einem sogenannten Kippflügler, in Frage gestellt. Weit schlimmer für die Navy ist aber die Tatsache, dass sie ihren Flugzeugträgerbestand reduzieren muss und aus diesem Grund entweder die «Midway» oder die «Coral Sea» aus dem aktiven Dienst zurückziehen muss. Im weiteren soll auf die Beschaffung von 12 kampfwertgesteigerten Kampfflugzeugen F-14 D «Tomcat» verzichtet werden, was sich vor allem bei den Grumman-Flugzeugwerken negativ auswirken dürfte.

Äusserst umstritten ist auch der geplante Abbau von Langstrecken-Marineaufklärungsflugzeugen vom Typ P3 «Orion». Davon betroffen wären insbesondere 30 ältere Versionen, deren elektronische Ausrüstung nicht mehr dem neusten technischen Stand entspricht. Ebenfalls ausgemustert werden sollen zwei auf Hawaii stationierte Seeüberwachungsgeschwader, die auch über elektronische Ausrüstung zum Orten von Unterseeboten

verfügen. Über die Kriegstauglichkeit dieser Seeaufklärungsflugzeuge ist es nun zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Oberkommando der Marineluftwaffe gekommen. Während das Pentagon behauptet, damit könne man gegenüber den neuen und leisen Angriffs-U-Booten der Sowjetunion nichts ausrichten, will ihnen die Marineluftwaffe immer noch eine 70prozentige Kriegstauglichkeit zugestehen. Weiter sei der Grossteil der sowjetischen U-Bootstypen meist sehr geräuschvoll und die leisen U-Boote erst in geringer Stückzahl vorhanden. Würde dem Begehren des Pentagons entsprochen, müsste die US-Marineluftwaffe auf etwa 30 Prozent ihrer landgestützten U-Boot-Bekämpfungsmittel verzichten und eine entsprechende Reduktion ihrer Patrouillentätigkeit vornehmen.

R.C.B. ■

WIFAG

Als einzige Schweizer Firma baut Wifag Rollenrotationsmaschinen für Offset-, Hoch- und Tiefdruck. Über 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – davon rund 120 Lehrlinge und Lehtöchter – planen, entwickeln, konstruieren, fabrizieren und montieren unsere modernen Rotationsanlagen und liefern sie in viele Länder dieser Erde. Mit dem Namen Wifag verbindet sich weltweit das Image für technische Spitzenprodukte, Zuverlässigkeit und hohe Schweizer Qualität. Nebst dieser Weltoffenheit ist die Maschinenfabrik Wifag aber auch eine typische bernische Firma: Seit 1904, als Carl Winkler und Fritz Fallert die Kommanditgesellschaft Winkler, Fallert & Co. gegründet hatten, ist sie eng mit der Stadt

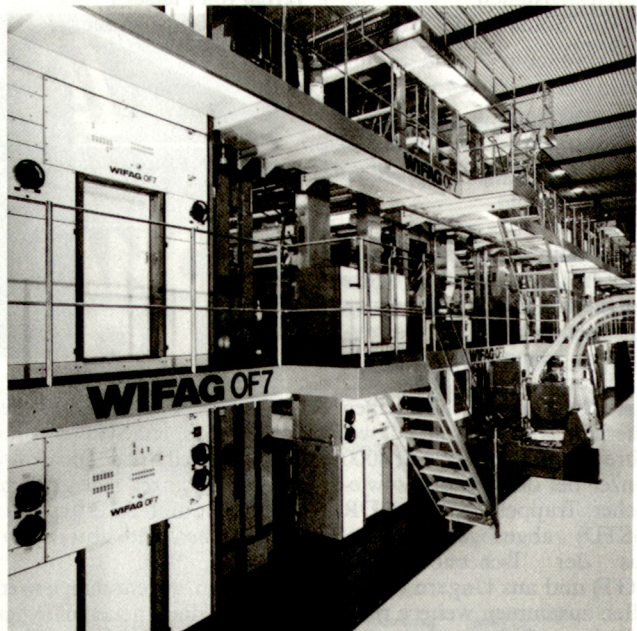
Bern verbunden und zu einem wichtigen Arbeitgeber in Stadt und Region Bern geworden. Zudem befindet sich das Aktienkapital in Berner Händen.

Zukunftsorientierte Fachleute

von Wifag arbeiten nach der Maxime:
Qualität aller Leistungen.



Dafür, dass Wifag-Anlagen Spitzenleistungen erbringen, sorgen unsere Maschinenzeichner, Konstrukteure, Ingenieure und Elektroniker in intensiver Zusammenarbeit mit Mechanikern, Elektromechanikern, Technischen Modellbauern, Messtechnikern, Monteuren und Druckinstruktoren. Qualität entsteht nicht einsam am Reissbrett, am Bildschirm oder an der Fräsmaschine; sie setzt die gemeinsame Suche nach optimierten Lösungen



Hochleistung-Rollenoffsetmaschine WIFAG OF7.

voraus, das offene Gespräch zwischen Entwicklung, Konstruktion, Fertigungsstellen und Montageabteilung.

Interessante Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten

haben für die Mitarbeiter der Wifag grossen Stellenwert. Sehen Sie Ihre Chance? Sie können sich selbst über-

zeugen, sobald Sie mit uns in persönlichen Kontakt kommen. Bitte schreiben Sie uns oder telefonieren Sie unserer Personaldirektion.



Maschinenfabrik Wifag
Wylerringstrasse 39, Postfach 8865
CH-3001 Bern
Telefon 031 416161

